In Bodenheim gibt es massiven Widerstand gegen Flutflächen

Protest gegen Polderpläne

Bürgerinitiative sammelte 500 Unterschriften - CDU informierte

BODENHEIM, AJ, In Bodenheim formiert sich Widerstand gegen die geplanten Flutflächen zum Hochwasserschutz im Unterfeld. Eine Bürgerinitiative (BI) hat rund 500 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt. Bürgermeister Alfons Achatz (CDU) hält den Bau eines gesteuerten Polders in diesem Bereich für "weder ökonomisch noch ökologisch vernünftig und vertretbar". Das Raumordnungsverfahren für die Retention in Rheinhessen soll laut Bezirksregierung bis zum Jahreswechsel abgeschlossen sein.

Durch die Retention sollen die Anlieger am Mittelrhein besser vor Hochwasser geschützt werden. Da durch den Ausbau des Oberrheins von 1928 bis 1977 etwa 130 Quadratkilometer Flutfläche verloren gegangen sind, kommt es zu schnelleren und höheren Rheinhochwassern. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich deshalb verpflichtet, 44 Millionen Kubikmeter Rückhalteraum zu schaffen. Zehn Millionen davon nördlich von Ludwigshafen. Vorgesehen sind zwei ungesteuerte Retentionsräume - "Petersau/Bannen" und "Worms" - sowie zwei gesteuerte Retentionsräume in Bodenheim/Nackenheim/Laubenheim und in Ingelheim.

Gesteuerte Retention bedeutet, daß das Gebiet hinter dem bestehenden Rheinhauptdeich ebenfalls eingedeicht wird und durch Öffnung von Steuerbauwerken bei Annäherung des Hochwasserscheitels geflutet werden kann. Bei sinkendem Rheinwasserstand kann dann das Wasser wieder aus dem Polder herausgelassen werden. Bei Bodenheim entstünden so 6,8 Millionen Kubikmeter Rückhaltevolumen auf rund 200 Hektar Gelände. Dazu müßte ein etwa 4200 Meter langer und bis zu 4,50 Meter hoher Deich gebaut werden.

Angst vor Druckwasser

Ratsmehrheiten an der Rheinfront sehen dadurch große Probleme auf sich zukommen. Die Gemeinderäte von Bodenheim und Nackenheim sowie der Verbandsgemeinderat Bodenheim gaben schon im Juli 1995 eine weitgehend übereinstimmende Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren des Landes ab. Insbesondere bezweifelten die Räte, daß die nahe angrenzenden Siedlungsgebiete vor Druckwasser geschützt werden können, wenn die Fläche geflutet wird. Dies befürchten auch die Unterzeichner der BI-Liste, daß ihre Keller durch steigendes Grundwasser geflutet werden.

Probleme sehen die Kommunalpolitiker auch für den Betrieb der Bodenheimer Kläranlage. Denn die müßte komplett eingedeicht werden und liegt bei Flutung als "Insel" mitten in der Retentionsfläche. Für die Landwirte wird eine Vereinbarung über Entschädigungen bei Überflutung ihrer Nutzflächen gefordert. Außerdem wird bezweifelt, daß der Polder angesichts des technischen Aufwandes und der "geringen Wirkung" wirtschaftlich ist.

"Wir sind nicht nach dem "St.-Florians-Prinzip" dagegen", sagte Alfons Achatz jetzt bei einer Info-Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes vor rund 80 Besuchern in der Rheinallee. "Wir wollen, daß die Polder dort eingerichtet werden, wo sie ökologisch und ökonomisch vernünftig und vertretbar sind." Ein Ansatzpunkt dafür sei die Hördter Rheinaue. Der Polder hätte dort ein Fassungsvermögen von 11 Millionen Kubikmeter.

Für Landespolitiker seien die Hördter Rheinauen seit Jahresmitte kein Tabu mehr, argumentiert Achatz. Peter Schuler, Vorsitzender des Umweltarbeitskreises der CDU-Landtagsfraktion, habe sich bereits im Juni 1995 dafür ausgesprochen, die Hördter Rheinauen in die Planung einzubeziehen - als möglichen Ersatz für Standorte, bei denen sich "raumplanerische Mängel" herausstellen sollten. Auch Clemens Nagel vom SPD-Arbeitskreis Umwelt und Forsten habe im Mai 1995 erklärt, daß ein ökologisch gefluteter Polder dort denkbar sei, allerdings zusätzlich und nicht als Ersatz für andere Standorte.